DISS-Journal

Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

3 (1999)

Aus dem Inhalt:

Rechte Wahlnachlese
Wie REPs, DVU und NPD die Bundestagswahl einschätzen

Das Kopftuch
Der Fall Fereshda Ludin
Glaubensfreiheit und Berufsverbot

Martin Walser
Nationalistische Gefühle

Stadtteilanalyse
Ein neues DISS-Projekt in Gelsenkirchen

Gentechnik
Wie eine Veranstaltung zur "Konfliktpartnerschaft" als Nabelschau endete

Außerdem:
Krimskrams, Buchbesprechungen, Veranstaltungen

Das erschöpfte Boot

Otto Schily und die Einwanderer

Am 4. Februar 1982 hielt der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger im Rahmen einer Großen Anfrage an die SPD/FDP-geführte Bundesregierung eine denkwürdige Rede zur Ausländerpolitik. Treu deutsch formulierte er: „Die Völker, nicht nur das deutsche, legen in der Regel Wert darauf, ihre **nationale Identität** zu bewahren. Diese läßt es zu, eine begrenzte Zahl von Ausländern aufzunehmen." Diese Grenze sei längst erreicht, was die Regierung aber nicht erkannt habe und wodurch sie zum Entstehen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland beigetragen habe. Dregger, rechtskonservativer Schlußstrichpolitiker und Angehöriger der sog. Stahlhelmfraktion, hat heute, nahezu 17 Jahre nach seinen ethnopluralistischen Ausfällen, unerwartete Konkurrenz bekommen. Durch Otto Schily, den neuen Innenminister, vor wenigen Jahren noch grün, nun rot, und dieser meinte am 15. 11. 1998 in der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel": die Bundesrepublik könne keinen weiteren Zuzug von Ausländern verkraften. Schily wörtlich: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten." Daran, so Schily, würde auch ein Einwanderungsgesetz nichts ändern, da die Zuwanderungsquote dann „auf Null" gesetzt werden müßte. So deutlich hatte es Dregger vor mehr 16 Jahren nicht sagen wollen. Aber das ist ja auch schon lange her.

In der bleiernen Zwischenzeit rechts-konservativer Regierung hat sich in Deutschland eine Form des Einwanderungsdiskurses etabliert, der so massiv rassistisch unterfüttert worden ist, daß markig-ausländerfeindliche Sprüche ehemals linker Politiker wie Schröder, Voscherau, Schnoor und jetzt - Schily - , auch wenn sie Rassismus

Impressum

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Realschulstr. 51
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 /287 881
http://members.aol.com/dissdui/index.htm
Druck:
MR-Schnelldruck
Detlev Meisl,
Beguinenstr. 57
47228 Duisburg

Erscheint demnächst im DISS

Irmgard Pinn

Verlockende Moderne?

Türkische Jugendliche im Blick der Wissenschaft

Irmgard Pinn beschäftigt sich in ihrer Studie mit eurozentristischen Perspektiven herrschender (Sozial-)Wissenschaft. Exemplarisch kann und muß dafür die von Wilhelm Heitmeyer u.a. vorgelegte Studie "Verlockender Fundamentalismus" angesehen werden. Auch in dieser Studie werden europäische Sichtweisen auf türkische Jugendliche mit dem Resultat reproduziert, ihnen eine besondere Gewaltbereitschaft zuzuschreiben, die sich aus ihrer Hinwendung zu einem (fundamentalistisch orientierten) Islam ergebe. Imrgard Pinn hat die Studie von Wilhelm Heitmeyer u.a. einer akribischen Analyse unterzogen. Anhand konkreter Aussagen dieser Studie zeigt sie, daß hier alle gängigen Klischees bedient werden, die in Deutschland zur Zeit als "Wahrheiten über den Islam" gehandelt werden. Irmgard Pinn zeigt dagegen, daß es *den* Islam gar nicht gibt und daß die angebliche Gewaltbereitschaft türkischer Jugendlicher eine Konstruktion eurozentrierter Wissenschaft(ler) ist. Damit thematisiert sie die Fragwürdigkeit solcher wissenschaftlichen Ergebnisse. Insofern betrifft ihre Kritik auch nicht nur den "Verlockenden Fundamentalismus".

Erscheint im Januar 1999, ca. 140 S., ca. 18 DM

schüren, kaum noch auffallen. Das Feld des Sagbaren hat sich ausgedehnt. Wenn Jochen Vogel seine Zustimmung zur faktischen Abschaffung des Grundgesetzartikels 16 in seinem politischen Erinnerungsbuch larmoyant als schwerste und möglicherweise problematischste politische Entscheidung seines Lebens bezeichnet, so klingt das heute schon geradezu linksradikal.

So ist das eben: Diskurse, einmal etabliert, brechen nicht einfach ab, wenn die Regierung wechselt. Sie haben das Denken der mediopolitischen Klasse (und der Bevölkerung insgesamt) nachhaltig verändert und die Hirne selbst derjenigen vernebelt, die noch vor wenigen Jahren Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen!" als reformistisch belächelt haben.

Das läßt nichts Gutes für eine demokratische Reform der deutschen Ausländerpolitik ahnen. Zwar soll die Einbürgerung erleichtert werden. Und das ist auch zu begrüßen, wenn auch dieser Akt, ein rassistisch verankertes Verständnis von Staatsbürgerschaft durch das angemessenere Jus Soli zu ersetzen, eigentlich längst zum Selbstverständnis demokratischer Verfassung gehört hätte. (Aber selbst in unserer Verfassung ist ja noch von menschlicher „Rasse" die Rede, worüber heute selbst konservative Biologen lachen!) Und so kann man denn selbst für diese Selbstverständlichkeit dankbar sein, die offensichtlich nur deshalb gewährt werden soll, weil sie nichts kostet. Denn wenn auch Schwarze und Dunkle dadurch nicht blond und blauäugig werden, ist dies doch ein Schritt zum Abbau von Diskriminierung und öffnet die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Bürgerrechten.

Zu befürchten ist allerdings, daß eine wirklich neue Einstellung zum Thema Einwanderung nicht entstehen wird. Die Erleichterung der Einbürgerung ist, wenn sie nicht durch konkrete demokratische Integrationspolitik flankiert wird, nämlich durchaus janusköpfig. Der Druck auf die Einwanderer, auch auf die hier seit langem Ansässigen, sich zu integrieren, wird zum Assimilationsdruck mutieren. Wer sich nicht schnell anpassen kann oder will, wer sich gar schlecht benimmt (wie „Mehmet"), wird auch unter Schily des Feldes verwiesen werden. So werden wir, etwas anders geschichtet als gehabt, auch in Zukunft mit ganz unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern zu tun haben: den Assimilationswilligen und Assimilierten einerseits und denjenigen, die sich dabei schwer tun oder aber auch nur einfach ihre Herkunftsgewohnheiten beibehalten wollen: Spaltung ist zu erwarten, nicht Versöhnung von Gegensätzen.

„Von der Besiedlungsdichte her ist unser deutsches Boot erschöpft!"

(Aussage eines Geschichtslehrers, zitiert in „BrandSätze. Rassismus im Alltag")

Wo die Spaltungslinie verlaufen wird, das hat schon Alfred Dregger in Stein gemeißelt, der bereits 1982 meinte: Die „Türken ... sind nicht zu assimilieren ... sie sind auch nur schwer zu integrieren." Und dann die Menschen aus den asiatischen und afrikanischen Ländern: „Auch sie werfen bei weiterer Zunahme nicht lösbare Integrationsprobleme auf." Dies sei „nicht nur eine Frage unserer nationalen Identität, sondern vor allem auch eine Frage des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt der Besiedlungsdichte unseres kleinen und in zwei Weltkriegen verstümmelten Landes." Da war sie schon: die Grenze der Belastbarkeit, von der auch der jetzige Innenminister spricht, und von der keiner sagen kann, wo sie liegt und wer sie festsetzt.

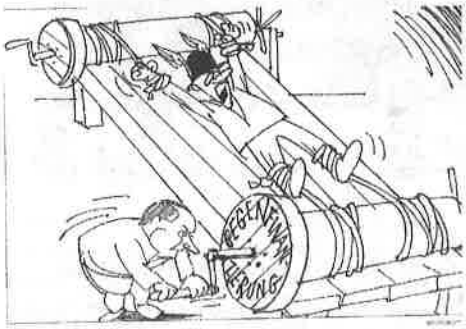
Die Folgen dieser in Politik gegossenen Angst vor der Belastung durch Einwanderung und des damit verbundenen populistischen Wortgeklingels könnten darin bestehen, daß der rassistisch aufgeladene Diskurs über Einwanderung sich in Zukunft kaum ändern wird. Vielleicht wird er ein wenig paternalistischer gegenüber mehr Deutschen ausländischer Herkunft. Aber es wird sich kaum etwas daran ändern, daß in Deutschland weiterhin Flüchtlinge und Einwanderer geschlagen und verfolgt werden, daß rechtsextreme Parteien, deren Bekämpfung Schily angeblich so sehr am Herzen liegt, weiteren Zulauf erhalten werden, die Konservativen und Pseudoliberalen ein noch konservativeres bis neurechtes Weltbild entwickeln und programmatisch zu verfestigen versuchen werden, so daß sie in vier Jahren gute Chancen haben, Deutschland in einen neo-konservativen Nationalstaat völkischer Prägung zu verwandeln.

Schon vergessen, übrigens, daß vor einigen Jahrzehnten der deutsche Paß auch nicht ausreichte, Menschenleben zu schützen?

Siegfried Jäger

Würgende Berge

Malerische Morde meldet zur Zeit die deutsche Wirtschaft. Der rot-grüne Wahlsieg ist "Gift für den Arbeitsmarkt", sagt die Wirtschaftswoche (22.10.1998). Brutaler liebt es das Handelsblatt: Lafontaine foltert die Wirtschaft (Karikatur vom 3.11.1998). Der Preis für den schönsten Mord geht aber an die Mittelstandsvereinigung der CDU / CSU. Bei den Steuerplänen der Koalition handelt es sich um eine Reform, "die dem Mittelstand durch einen Berg zusätzlicher Belastungen den Hals zuschnürt." (WAZ, 20.10.1998)



Karikatur aus dem Handelsblatt

Robin Hood und die Millionärsgattin

"Sollen ein Armer und ein Reicher gleichviel vom Staat bekommen?" fragte die BILD-Zeitung am 27. Oktober ihre Leser. Oskar Lafontaine antwortet. Er nimmt den Reichen und gibt den Armen. Nur noch "wirklich Bedürftige" sollen Arbeitslosenunterstützung bekommen. "Es ist nicht einzusehen, daß ein hochvermögender Unternehmer den Ehepartner beschäftigt, ihm dann kündigt und dann Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nimmt."
Ein langer Klassenkampf geht damit zu Ende. Bereits 1986 geißelte Franz Josef Strauß im Bayernkurier die "mitverdienende Arztgattin", die Stütze kassiert und uns alle auslacht.
Schluß damit! Reißen wir die Perlenketten von den Hälsen der Gattinnen! Perlen zu Almosen!

Global Players

Eine neue Management-Methode kündigt sich an. Der Rheinische Merkur fragte den Chef der Obi-Baumärkte und Mitglied des Bundes Katholischer Unternehmer Manfred Maus: "Können Unternehmen, die weltweit operieren, von der katholischen Kirche lernen." Maus: "Ich finde, daß die Kommunikation unser größtes Problem ist, das wir in jeder Großorganisation haben. Auch die Kirche hat es. Die Kirche muß als Serviceeinrichtung gesehen werden. Sie erbringt eine Dienstleistung, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt dringend brauchen. Wir können von der Kirche eine ganze Menge lernen. Es ist die älteste und größte Marketing-Organisation der Welt."
Vielleicht kommt es sogar zur Fusion. Maus: "Die Kirche als globale Institution hätte große Möglichkeiten, sich mit den Unternehmen gemeinsam für die menschlichen Grundwerte einzusetzen und sie zu vermitteln."

Fortschritte der Wissenschaft

Vom Ameisenforscher Edward O. Wilson ist ein Buch über die "Einheit des Wissens" erschienen. Im Interview mit der Welt (5.11.1998) erklärt der Soziobiologe, was die Geistes- und Sozialwissenschaften falsch machen und wie die Biologie helfen kann: Es gehe um "epigenetische Regeln: durch die Evolution herbeigeführte Regelmäßigkeiten der geistigen Entwicklung, die dazu führen, daß sich gewisse kulturelle Vorlieben entwickeln."
Wie haben wir uns das vorzustellen? Der 69jährige Ameisenforscher bringt ein Beispiel, "das Phänomen, daß ältere Männer versucht sind, mit jüngeren fortpflanzungsfähigen Frauen eine Beziehung einzugehen. Darüber haben wir uns immer gewundert. Jetzt beginnen wir zu erkennen, was die Grundlage für dieses Verhalten ist. Und wir können verstehen, was einen Clinton bewegt (...)."

Vom Netz zum Trampolin

Wie sich manche Sozialdemokraten den Umbau des Sozialstaates vorstellen, verkündet seit der Wahl Bodo Hombach. Sein "aktivierender Sozialstaat" appelliert nicht so plump an unser aller schlechtes Gewissen wie die Formel vom "schlanken Staat". Der Staat fordert nicht, er gibt - z.B. den Arbeitslosen eine "zweite Chance". Hombachs Sozialstaat soll nicht länger "soziales Netz" sein, das die Leute auffängt und in dem sie sich wie in einer "Hängematte" räkeln. Das Netz soll zum "Trampolin" werden. Es soll Arbeitslose in den Arbeitsmarkt katapultieren.
Das Bild hinkt natürlich: der Trampolinspringer kehrt bekanntlich immer wieder zum Ausgangspunkt seines sportiven Tuns zurück. Eine "dritte Chance" gibt Bodos Sozialstaat aber nicht. Wer nicht nicht springen kann, ist selber schuld.

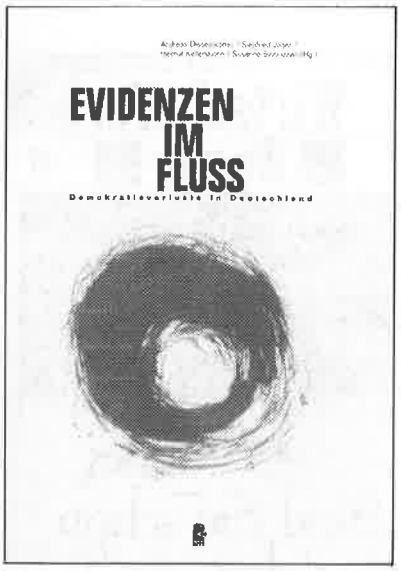
Senioren-Power

"Schluß mit der täglichen Knochenmühle und das eigene Vermögen arbeiten lassen. Davon träumen viele. Doch wann reicht es zum Ausstieg", fragt die Wirtschaftswoche (12.11.1998) und bereichert unseren Wortschatz:

- Woopies (Well-off older people) - Jahreseinkommen vor Steuern: 143.000 DM brauchen 1,7 bis 2,3 Millionen Mark. Reisen, Neuwagen und Zweitwohnsitzt sind dann weiterhin drin.
- Opals (Older people with affluent lifestyle) haben ein Jahreseinkommen ab 303.000 DM und benötigen 4,9 Millionen Mark. Dafür bekommen sie "Sportwagen, First-Class-Urlaub und Champagner satt".
- Jollies (Jet-setting oldies with loads of loot) haben ein Einkommen von 1,6 Millionen Mark. Damit ist "ein Lifestyle der Kategorie erste Sahne gewährleistet." Das nötige Kleingeld zum Ausstieg: 19,5 bis 25,5 Millionen Mark.

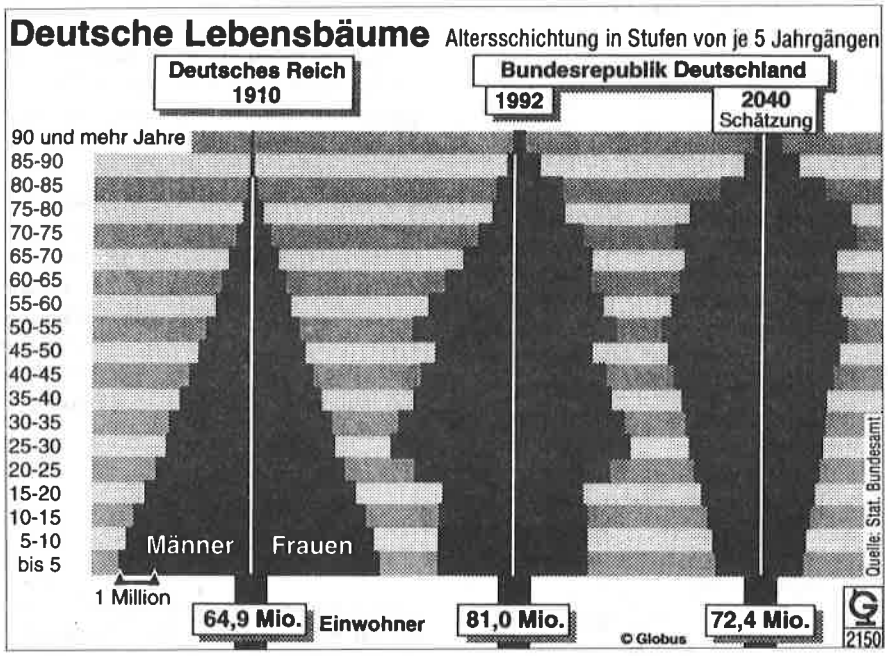
Was die Wirtschaftswoche verschweigt: Man kann auch mit wesentlich weniger Geld der Lohnarbeit entfliehen. Da wären z.B die

- Ewoks (Elderly women living on kitekat) mit einem Jahreseinkommen von 5.000 DM. Oder die
- Bops (Bridge-jumping oldies without Pflegeversicherung). Sie sind die sparsamste Aussteigergruppe.



Andreas Disselnkötter / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Susanne Slobodzian (Hg.)
Evidenzen im Fluß.
Demokratieverluste in Deutschland
1997, 315 S., 39 DM
ISBN 3-927388-60-2

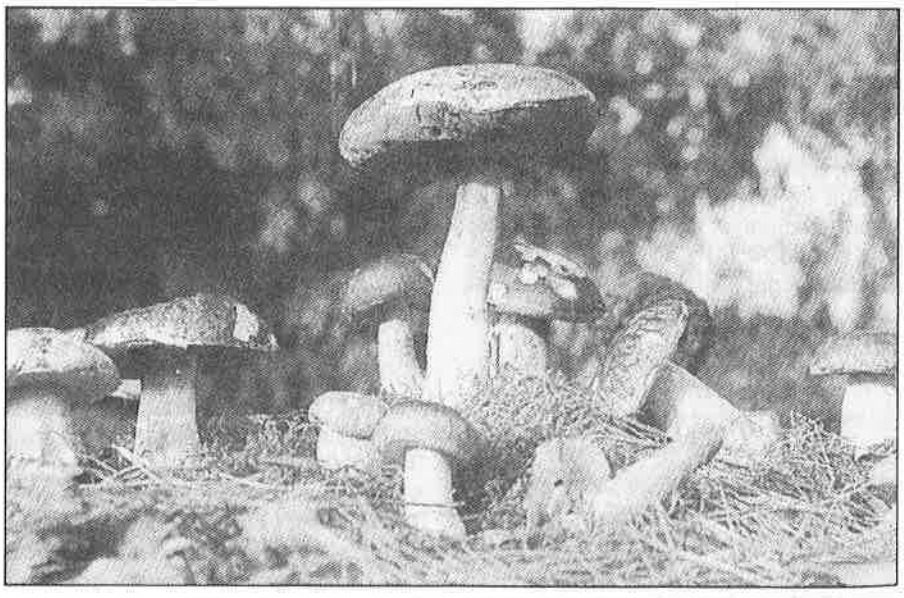
Am Ende der 90er Jahre sind für Deutschland repräsentativ gewordene Werte ins Wanken geraten. Im Namen der vielberedeten Globalisierung wird der Sozialstaat abgebaut und durch eine neoliberale Wirtschaftsordnung ersetzt. Die Chancen zur Fortentwicklung von selbstverständlichen Lebensperspektiven erscheinen fragwürdig. Gleichzeitig setzen sich Leitlinien durch, die insbesondere in den Debatten um Einwanderung, Geschlechterverhältnisse, die Soziobiologie und die Rolle der Bundeswehr neue Handlungsspielräume möglich erscheinen lassen.
Die Autor*innen zeigen Wege zur Resistenz gegen den Abbau von Demokratie und entwickeln Perspektiven für das Projekt Zivilgesellschaft. Dabei werden die Machtverhältnisse in den Diskussionen um brisante Themen aus unterschiedlichen Blickrichtungen hinterfragt und mit diskursanalytischen Ansätzen bearbeitet.
Mit Beiträgen von: Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Gabriele Cleve, Birgit Dahlke, Alex Demirovic, Antke Engel, Mark Galliker/Kurt Imminger/ Daniel Weimer/Herbert Bock, Adi Grewenig, Kai Hafez, Brigitta Huhnke, Rainer Jogschies, Helmut Kellershohn, Ursula Kreft/Hans Uske, Andreas Musolff, Thomas Niehr, Martin Ramstedt, Mark Terkessidis, Rainer Wimmer.



"Von der Pyramide zur Urne"
(Grafik und Bildunterschrift aus dem Buch "Mehr Netto für alle. Vom Versorgungsstaat zum Sozialstaat. Ludwig Erhard zum 100. Geburtstag, Bonn 1997, S.24)

Fortschritte der Bevölkerungsstatistik

Aus der Statistik wissen wir, daß das Waldsterben auch im Wochenbett stattfindet. Der Lebensbaum ist jetzt schon arg zerzaust. 2040 werden wir dann vom Rentnerberg erschlagen und müssen in die Urne.
Wer sich damit tröstet, daß es einen bis 2040 sowieso erwischt, sollte ins Handelsblatt schauen (4.11.1998). Dort mahnen uns leckere Waldfrüchte zur Rentenreform: "Von der Pyramide zum Pilz entwickelt sich der Altersaufbau in Deutschland im Jahre 2010. Damit daraus kein Spaltpilz wird, gehört die Altersvorsorge zu den zentralen Aufgaben von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft."



Von der Pyramide zum Pilz entwickelt sich der Altersaufbau in Deutschland im Jahre 2010. Damit daraus kein Spaltpilz wird, gehört die Altersvorsorge zu den zentralen Aufgaben von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Foto: dpa

Die Wahlnachlese der Rechten

„Fassungslos steht man vor dem Debakel", „Vernichtende Niederlage", „Schokkierend", - so lauteten erste Reaktionen aus der rechten Szene nach der Bundestagswahl. Und das obwohl sich der Stimmenanteil der Rechtsparteien mit zusammen 4,5 Prozent im Vergleich zur letzen Bundestagswahl verdoppelte.

Die Erwartungen waren hoch gesteckt nach dem überraschenden Ergebnis der DVU in Sachsen-Anhalt, wo sie im April 1998 aus dem Stand heraus 12,8 Prozent einfuhr. REP's, DVU, ja sogar NPD, BFB und „Pro DM" sahen sich bereits so gut wie sicher auf der Gewinnerseite - wenn schon nicht im Bundestag, dann doch wenigstens in den Landtagen. Die REP's führten ihren Landtagswahlkampf in Bayern unter der Parole „Wir halten, was die CSU verspricht". Man gab sich siegessicher: „Unveröffentlichte Umfragen [...] sehen uns bereits bei sieben Prozent!".
Die DVU hielt sich bei der Bayernwahl auffällig zurück und empfahl die Stimmabgabe für die CSU. In Bezug auf die Bundestagswahl verkündete Heinrich Gerlach, man rechne sicher mit 5 Prozent im Westen und 15 bis 20 Prozent im Osten. Die herbeigesehnte Wunschkonstellation: eine Große Koalition mit der DVU als einziger Oppositionspartei.
Selbst die NPD wußte mit angeblichen Umfragen aufzuwarten, die sie in „Mitteldeutschland" bei 4 Prozent taxiert haben sollen.

Nach der Wahl will man vom Geschwätz von gestern nichts mehr wissen. Bei den REP's versuchten die Funktionäre Dagenbach und Schonath in einer ersten Stellungnahme zunächst einmal 'business as usual': man sei mit dem REP-Ergebnis „zufrieden", schon bei der kommenden Landtagswahl in Hessen rechne man mit „mindestens 8 Prozent". Später mußte REP-Chef Schlierer dann aber doch zugeben: „Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht". Aber er tröstet sich damit: „Wir bleiben mit Abstand die führende Kraft im rechten Spektrum". Ob diese Orientierung nach dem Prinzip 'Augen zu und durch' Bestand hat, wird sich noch zeigen. Innerparteilich formiert sich wieder einmal eine Fraktion, die eine noch weitere Öffnung nach rechts und eine Aufhebung der formalen Abgrenzungsbeschlüsse fordert. Zum Anführer dieser Fraktion hat sich der baden-württembergische Landesvorsitzende Käs aufgeschwungen.
Die Wahlanalyse der DVU besagt, daß sich ihre potentiellen Wähler vor allem gegen Kohl entschieden haben und deshalb der SPD ihre Stimme gaben. Interessanterweise wird mit keinem Wort erwähnt, daß für die DVU-Stammklientel eine rotgrüne Regierung mit dem Ausbruch des Kommunismus gleichzusetzen ist und zu einem beträchtlichen Teil (analog zur Wahlempfehlung der Parteiführung in Bayern) die CDU/CSU als kleineres Übel gewählt haben dürfte. Auch in diesem Lager deuten sich Querelen an. Bündnispartner Schönhuber (z.Zt. parteilos) verlautete, daß die Ursachen der DVU-Niederlage auch in München zu suchen seien. Dies kommt einer Majestätsbeleidigung gleich.

Dasselbe Lamento wie schon seit vielen Jahren ist aus den Reihen der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und der ihr nahestehenden Zeitschrift „Nation und Europa" zu hören. Durch die fehlende „Einheit der Rechten" sei der fast sicher geglaubte Sieg verscherzt worden. Wie eine solche Einheit herzustellen sei - außer durch sozialdarwinistische Auslese -, können die in der Rechten selbst als Spalter verschrieenen Strategen nicht angeben. Ihnen bleibt ein Trost: „eines funktioniert glücklicherweise: das rechte Verlagswesen, die rechte Publizistik".
Dagegen hatte die NPD tatsächlich Grund zum Feiern. Diese Partei entwickelte sich in den letzten Jahren zum Sammelbekken gewaltorientierter Neonazis und NS-Epigonen. Sie hat heute eine ähnliche Funktion wie früher in kleinerem Rahmen die inzwischen verbotete FAP: Schutzschild für den „legalen Flügel" der NS-Bewegung. Ihr kommt es weniger auf Erfolge bei Wahlen an, sondern auf den „Kampf um die Straße" und die Herausbildung von NS-Kadern. Die politische Partei hat dabei vor allem die Funktion der juristischen Absicherung und staatlich finanzierten Propaganda. Aus ihrem Charakter machte die NPD auch in diesem Wahlkampf keinen Hehl. Durch provozierende öffentliche Auftritte des Ex-Rechtsterroristen Roeder als NPD Kandidat und martialische Aufmärsche mußte jedem Wähler klar sein, worauf er sich da einläßt. Dennoch stimmten über 126.000 Bundesbürger für die härteste denkbare Variante. Als großer Erfolg wird von der NPD vor allem gewertet, daß sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,1 Prozent erstmals wieder in die staatliche Parteienfinanzierung gelangte.

Der Teil der militanten Neonazi-Szene, der noch nicht von der NPD aufgesogen wurde, reagierte überwiegend mit Panik. Das neonazistische Thule-Netz, bzw. die kargen Reste, die noch davon übrig sind, ließ im Internet verlautbaren, man gehe jetzt in den Untergrund und bereite sich auf den mit dieser Regierung unvermeidlich unmittelbar bevorstehenden Bürgerkrieg vor.
Eine andere Fraktion, die Mitstreiter des ehemaligen FAP-Funktionärs Andre Goertz, macht sich in Anlehnung an die Nürnberger Rassegesetze und an Pläne des Ex-Linken Reinhold Oberlercher schon einmal Gedanken über die Einführung eines Ariernachweises nach der bevorstehenden 'Machtergreifung':
„Das neue Überfremdungsrecht ist aber auch ein Beispiel dafür, wie leicht es ist, Gesetze zu ändern und neues Recht zu setzen. Mit der gleichen Leichtfertigkeit werden wir in einigen Jahren nach Zusammenbruch des BRD-Systems die Gesetze wieder ändern. Ein BRD-Paß wird nichts mehr wert sein. Voraussetzung für die Erteilung eines reichsdeutschen Passes wird später der Nachweis einer deutschen Abstammung sein."

Sehr viel gelassener dürfte der Teil der intellektuellen „Neuen" Rechten in die Zukunft sehen, der eine Querfrontstrategie praktiziert. Die Neuorientierung der CDU verspricht eine Öffnung nach rechts. Als neues Betätigungsfeld bietet sich zudem die Nationalisierung der PDS an. Angesichts der Anfälligkeit vieler PDS-Wähler und eines Teils der Funktionäre ist dies leider ein vielversprechendes Arbeitsfeld. Die Auftritte von Nationalrevolutionären im „Neuen Deutschland" in jüngster Zeit lassen Böses für die Zukunft ahnen.
Auch wenn im rechten Spektrum insgesamt derzeit Heulen und Zähneklappern vorherrschen. Allzugroße Sorgen in Bezug auf die neue Regierung braucht sich die Rechte bei realistischer Einschätzung nicht zu machen. Die 'Gefahr', daß sie den rassistischen Mehrheitskonsens in der Bevölkerung ernsthaft zurückdrängt, anstatt ihm hinterherzurennen, erscheint wenig wahrscheinlich.

Stefan Jacoby

Das Kopftuch

Der Fall Fereshta Ludin

von Marlies Wehner

Als sich die deutsche Muslima Fereshta Ludin im Sommer 1998 nach erfolgreichem Abschluß ihres Referendariats um die Übernahme als Hauptschullehrerin in den baden-württembergischen Schuldienst bewarb, erhielt sie vom zuständigen Oberschulamt nach dem üblichen Bewerbungsgespräch eine Ablehnung. Schon als es um das Referendariat als abschließenden Teil ihrer Berufsausbildung ging, hatte dasselbe Oberschulamt die kopftuchtragende Lehramtsanwärterin mit den Fächern Deutsch und Gemeinschaftskunde keiner Schule zuweisen wollen. Diese Entscheidung war jedoch von der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan (CDU) im Februar 1997 mit Verweis auf das staatliche Ausbildungsmonopol wieder aufgehoben worden. Nun ging es jedoch um die Übernahme einer Lehrerin mit Kopftuch in den Schuldienst, und die Kultusministerin stellte sich diesmal hinter ihr Oberschulamt, da Fereshta Ludin nicht auf das Tragen des Tuches während des Unterrichts verzichten will. Die am 14.7.98 publizierte Presseerklärung Annette Schavans löste eine kontroverse Debatte quer durch Medien, Interessenverbände und Parteien aus; auf diversen Diskussionsveranstaltungen und Tagungen wird das Thema "Kopftuch und Islam" wieder - leider häufig wenig kompetent und sachgerecht - bearbeitet. Inzwischen hat Frau Ludin (mit Unterstützung des VBE - Verband Bildung und Erziehung) Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid eingereicht: die gerichtliche Entscheidung steht noch aus. Marlies Wehner setzt sich im folgenden in 8 Thesen mit dem Fall Ludin auseinander.

1.

Unstrittig existiert ein Feindbild Islam, insbesondere festgemacht an der Rolle der Frau. Abgelehnt wird dabei nicht der Islam als Ganzes, nicht die friedliche Religion in Abgrenzung zu fanatischen Erscheinungsformen, über die ja ein Konsens denkbar wäre. Die Trennungslinie für das, was bei uns akzeptabel ist, und das, was nicht in das westliche Gesellschaftsmodell zu passen scheint, verläuft entlang der Schiene privat - öffentlich. Daher ist nur ein zurechtgestutzter „Euroislam" à la Bassam Tibi kompatibel genug für hiesige Vorstellungen von der Rolle der Religion in Gesellschaft und Staat; jedoch ist kein Platz für den Islam in den Institutionen, innerhalb politischer Entscheidungsprozesse, wird doch die öffentliche Präsenz der Religion mit - längst durch Säkularisierungsprozesse überwundenem - „Fundamentalismus" assoziiert. Welchen Raum hat unter diesen Bedingungen der Islam in Deutschland? Wie weit sind MuslimInnen als Teil dieser Gesellschaft anerkannt? Wie muß der Islam aussehen, mit dem die Mehrheitsgesellschaft leben kann/will?

2.

Welche Schlußfolgerungen werden nun aus der Erkenntnis gezogen, daß in unserer Gesellschaft ein durch einseitige Medienberichterstattung und immer wieder weitergegebene Vorurteile geprägtes verzerrtes Wahrnehmungsmuster herrscht? Man sollte meinen, daß hier den Schulen, zu deren Erziehungszielen in einer faktischen Einwanderungsgesellschaft sicher auch interkulturelle Kompetenzen, Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Weltanschauungen und Lebensorientierungen im Rahmen der vom GG gesteckten Grenzen gehört, ein wichtiger Auftrag zukommt. Wieso gehört dann nicht auch Lehrpersonal unterschiedlicher Lebensorientierungen und Weltanschauungen dazu? Wieso sollte die Einübung von Toleranz und interkultureller Kompetenz gefährdet sein im Kontakt mit einer kopftuchtragenden Lehrerin?

3.

Im Fall Fereshta Ludin wird einer einzelnen Frau die mögliche Vereinnahmung des Tuchs als politisches Kampfsymbol zum Vorwurf gemacht. Das faktische Berufsverbot wird vom Oberschulamt und der Ministerin damit begründet, daß Frau Ludin nicht die „richtigen" Konsequenzen aus der möglichen Vereinnahmung durch andere und der möglichen negativen Signalwirkung ihrer persönlichen Entscheidung für andere muslimische Frauen und Mädchen ziehe. An dieser Konstruktion wird ihre vermeintlich mangelnde Eignung für die Anstellung als Lehrerin/Verbeamtung festgemacht. Was wären nun die „richtigen" Konsequenzen? Sie soll ohne Kopftuch unterrichten; sie soll es ausziehen und damit ihrerseits signalisieren, daß sie die Spielregeln unserer Dominanzkultur verstanden und akzeptiert hat. Der Erziehungsauftrag der Schule wird folglich dahingehend interpretiert, daß die gewünschte vorgelebte Toleranz nur von Lehrpersonal verkörpert werden kann, welches im westlich-abendländischen Sinn Nachahmungssignale zu geben vermag. Jetzt wird deutlich, was Fereshta Ludins Berufsverbot mit der sogenannten "Entscheidung für die Integration muslimischer junger Menschen" zu tun hat. Daß es immer noch MuslimInnen gibt, die eine andere Vorstellung von ihrer Lebensgestaltung haben, diese gar an ihrer Religion, dem Islam, orientieren, muß bekennenden Westlern wie ein Anachronismus scheinen. Danach ist es nur eine Frage der Zeit und des sanften aber beständigen erzieherischen Drucks, bis auch der und die letzte sich für den westlichen way of life entschieden haben wird.

4.

Es wird gesagt, das Lehrpersonal repräsentiere staatliche Werte und Normen. Die hier vorherrschende Interpretation der staatlichen Werte und Normen hat offensichtlich keinen Raum für den Islam bzw. für praktizierende Musliminnen, sonst würde die Abgrenzung nicht immer wieder betont. Warum kann Fereshta Ludin, die ihr Studium und ihr Referendariat glänzend absolviert hat, sich als Teil dieser Gesellschaft versteht und in Ausbildung und Unterricht ihre Integrationsfähigkeit bereits hinreichend unter Beweis gestellt hat, nicht auch Repräsentantin unserer Werte und Normen sein, zumal sie selbst offensichtlich keinen Konflikt sieht zwischen ihrer persönlichen Glaubensentscheidung und den zu vermittelnden Lern- und Erziehungszielen der deutschen Schule? Das Berufsverbot trifft Frau Ludin direkt, nicht wegen fachlicher Mängel oder wegen des Vorwurfs unzulässiger Agitation im Unterricht, der im Übrigen auch schon durch das für Lehrpersonal geltende Mäßigungsgebot zu begegnen wäre. Auch ihre deutliche Distanzierung von rückständigen und frauenfeindlichen Interpretationen des Islam genügten nicht. Warum aber sollten SchülerInnen dann damit überfordert sein, von einer kopftuchtragenden Lehrerin unterrichtet zu werden? Was signalisiert diese Lehrerin? Zu welchen Auseinandersetzungen mit Klischeevorstellungen und gängigen Wahrnehmungsmustern kann gerade diese Unterrichtssituation anregen? Warum kann Schule nicht auch durch das Kollegium die gesellschaftliche Realität unserer Einwanderungsgesellschaft repräsentieren?

5.

Zur Beurteilung islamischer Vorschriften hat sich Annette Schavan u.a. in der Türkei kundig gemacht und fast durchgängig auf der Basis von islamkritischen Interpretationen festgelegt, das Tragen eines Kopftuches sei keine islamische Pflicht, es handele sich um ein überflüssiges Kleidungsstück und müsse daher auch nicht vom Oberschulamt toleriert werden. Wie kommt eine deutsche katholische Kultusministerin dazu, sich anmaßend selbst in den Rang einer islamischen Rechtsgelehrten zu erheben, indem sie eine Art „Kopftuchfatwa" erläßt, in der sie den Islam verbindlich für in Deutschland lebende Musliminnen auslegt? Die innerislamischen - in der Regel hier im Westen kaum verfolgten - Debatten zeigen einen breiten Konsens der Rechtsgelehrten in Bezug auf die islamischen Bekleidungsvorschriften, die letztlich in persönlicher Entscheidung zu befolgen sind. Wenn in diesem Zusammenhang auch Fälle von Zwang auftreten, so kann dies wohl kaum einer einzelnen Muslima zur Last gelegt werden. Vielmehr könnte gerade auch eine kopftuchtragende gebildete, selbstbewußte und fachlich qualifizierte Lehrerin gängige Klischees und Rollenmuster im Sinne eines positiv interpretierten Islam aufbrechen. Allerdings scheint diese Möglichkeit kaum gewünscht zu sein. In den öffentlichen Debatten wird i.d.R. lediglich der Schutz von Kopftuch-Gegnerinnen gefordert. Wer aber schützt praktizierende Musliminnen vor Druck und Assimilationszwängen an deutschen Schulen, die ja aus westlicher Perspektive immer nur befreiend wirken können?

6.

Warum suchen die Ministerin und das Oberschulamt in diesem Konflikt nicht auch einmal das Gespräch mit Muslimen in Deutschland, z.B. mit den islamischen Dachverbänden oder mit islamischen Gemeinden und Vereinigungen vor Ort, statt überwiegend westlich orientierte Muslime als Informanten heranzuziehen? Nicht das Gespräch mit den Betroffenen selbst sucht die Ministerin, sondern sie stützt sich - ausgerechnet - auf türkische Entscheidungen zur Kopftuchfrage. Dort wird zur Zeit gezielt antiislamische Politik betrieben; das dort herrschende Verbot von Kopftuch und Vollbart in öffentlichen Einrichtungen, also eine rigide und willkürliche Kleiderordnung, soll jedoch Beweis für die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit der hiesigen Ablehnung sein. Die Türkei als Vorbild in dieser Frage sollte mißtrauisch machen, werden hier doch ganz willkürlich Aspekte, die uns in die Politik passen, gelobt, während zugleich der Beitritt unseres „Vorbildes" in die EU an mangelnder Zivilisationsfähigkeit in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten usw. scheitert. Warum sollte nun ausgerechnet die massive unter militärischem Druck durchgesetzte Unterdrückung islamischer Gruppen unser Maßstab im Umgang mit MuslimInnen in Deutschland sein?

7.

In der Diskussion um den Fall Ludin taucht gelegentlich auch das Argument auf, wer ein Kopftuch trage, provoziere die Ausgrenzung. Dies ist nebenbei bemerkt ein altes gängiges Muster rassistischer Argumentation, mit dem Ausgrenzungspraktiken sehr entlastend gerechtfertigt werden können. Nicht wir, nicht unsere Gesellschaft ist das Problem, wir sind offen genug, nur die "Fremden" halten an überkommenen Verhaltensweisen, die zudem auch nicht gut sind für sie, beharrlich fest. Auch Fereshta Ludin wurde in diversen Zeitungsartikeln vorgeworfen, sie halte "beharrlich" an ihrer Entscheidung fest, ein Kopftuch zu tragen. Wer sich so stur aufführt, kann nach westlicher Lesart doch nur provozieren wollen. Warum ist hier der Gedanke so abwegig, das Tragen des Kopftuchs tatsächlich als Teil des gelebten Glaubens von Frau Ludin und als inzwischen von ihr gewünschter Aspekt ihrer Persönlichkeit zu verstehen, die keineswegs mit den Erziehungszielen der Schule in Deutschland kollidieren müssen? Sind unsere staatlichen Werte und Normen tatsächlich so eng gefaßt, daß die persönliche Entscheidung, ein Kopftuch zu tragen, bereits den Rahmen sprengt?

8.

Die Frauenfeindlichkeit des Entscheides liegt auf der Hand: nach jahrzehntelangen Vorwürfen gegenüber Muslimen, sie hinderten ihre Frauen und Töchter daran, selbst erwerbstätig zu sein, sich zu qualifizieren und am öffentlichen Leben der deutschen Gesellschaft teilzunehmen, indem sie sie ans Haus fesselten, sind wir nun mit einer Generation muslimischer Frauen und Mädchen konfrontiert mit großen Bildungs- und Berufsambitionen. Sie wollen Beruf und Familie koordinieren und stehen in dieser Hinsicht vor den gleichen Problemen und Hindernissen wie andere Frauen in Deutschland. Allerdings wird ihnen jetzt die schulische und berufliche Integration von unerwarteter Seite erschwert: deutsche Instanzen behindern Schulabschluß und Berufstätigkeit durch ihre unnachgiebigen und einseitig festgelegten Assimilationsforderungen, z.B. durch psychischen Druck von Lehrpersonal und Schulleitung, bis hin zum faktischen Berufsverbot für praktizierende Lehrerinnen. Was hatte man von den Musliminnen erwartet? Wenn Bildung und Beruf, dann bitteschön nur in westlichem Outfit? Sind fachliche Inhalte und Qualifikationen in unserer Gesellschaft untrennbar mit einem Bekenntnis zum westlichen way of life verknüpft? Und woran gedenkt das Schulamt die Eignung männlicher Lehramtsanwärter und examinierter Lehrer festzumachen, wenn bei der Beurteilung keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gemacht werden sollen?

Fazit: Was als Symbol der Ausgrenzung zu verstehen ist, was eine Provokation darstellt, wofür und in welchem Maß Toleranz aufgebracht wird, sind Ergebnisse gesellschaftlicher Verhandlungen und keineswegs objektiv zu erkennende und universal gültige Erscheinungen. Dabei haben die Verhandlungspartner

Siegfried Jäger / Gabriele Cleve / Birgit Griese / Margret Jäger / Helmut Kellershohn / Dirk Kretschmer / Coerw Krüger / Frank Wichert
Der Spuk ist nicht vorbei
Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart
1998, ca 290 S., ca. 29 DM
ISBN 3- 927388-63-7

Rechtsextreme Parteien haben zwar auf breiter Front bei Wahlen Einbußen erlitten und sind heute nur noch in wenigen Parlamenten vertreten. Doch damit ist das Gespenst einer autoritären Rechtsentwicklung keineswegs gebannt.
Eine solche Gefahr kann nur von den Personen und Institutionen ausgehen, die die gesellschaftliche Entwicklung des Landes beeinflussen können. Wenn diese sich Ideologien zuwenden oder Ideologien aufgreifen, die dazu geeignet sind, Rechtsverschiebungen einzuleiten, ist weiterhin Gefahr im Verzug. Der Befund der vorliegenden Studie muß aufmerken lassen:
So finden sich markante Positionen in Wissenschaft, Wissenschaftsjournalismus und Politik, die sich mit "rechten" Ideologemen verbinden lassen. Diese Tendenzen finden sich auch in analysierten Interviews mit Politikern der "Mitte". Dabei wird deutlich, daß die geäußerten völkisch-nationalistischen Einstellungen Bezüge zur Konservativen Revolution der 20er Jahre aufweisen. Die Betrachtung des Print-Medien- und Alltagsdiskurses schließlich zeigt, daß dort solche völkischen Ideologeme aufgenommen werden.

offensichtlich unterschiedliche Machtpositionen. Die Argumentationslinie von Ministerin und Schulamt entspricht dieser Definitionsmacht. Deren Logik folgend wird zugleich festgelegt, welchen Platz der Islam in unserer Gesellschaft hat und wo die Grenzen der Glaubensfreiheit in unserem Lande liegen: gewünscht ist eben nicht die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften trotz grundgesetzlich formulierter Vorgabe. Als Putzfrau mag Fereshta Ludin ein Kopftuch tragen, soviel Toleranz wird aufgebracht, als Lehrerin jedoch sprengt sie den Rahmen unseres Weltbildes. Da wird das neutrale, objektive Lehrpersonal ohne deutliche politische, religiöse, weltanschauliche Überzeugungen beschworen, quasi Lehrer in Uniform. Oder es werden nur diejenigen Ausprägungen von Individualität zugelassen, die dem westlichen way of life und den mehrheitlich verbreiteten Lebenspraxen nah genug sind und die im Abendland gemachten Erfahrungen mit christlicher Religion, Kirche und Moral wiedergeben.
Trotz anderslautender Beschwörungen geht es hier nicht nur um einen Einzelfall, um die spezielle Eignung von Frau Ludin, sondern darum, wie diese deutsche Gesellschaft mit islamischer Glaubenspraxis umgeht. Unter Umgehung eines generellen Kopftuchverbotes, das - wie die Ministerin selbst zugibt - wohl zu Recht verfassungswidrig wäre, wird in der Praxis ein generelles Berufsverbot für kopftuchtragende Lehrerinnen in Gang gesetzt. Die praktischen Auswirkungen können wir an vielen Schulen schon beobachten: Schülerinnen werden zunehmend unter Druck gesetzt, künftigen Lehramtsanwärterinnen weht der Wind ins Gesicht. Zwar können sie - aufgrund des Ausbildungsmonopols des Staates - ihre Ausbildung mit Tuch beenden, an eine spätere Anstellung ist aber wohl kaum zu denken unter den nun geschaffenen Bedingungen. Ein härteres Klima in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes mit Auswirkungen auch auf die Einstellungs- und Beschäftigungspraxis der freien Wirtschaft entspricht ebenfalls der Logik dieser Art von Konfliktbewältigung. So wurde z.B. jüngst der Arbeitsvertrag einer Postbotin (Berufskleidung war die übliche Post-Uniform, ergänzt durch ein Kopftuch der praktizierenden Muslimin) nicht verlängert mit der Begründung, eine kopftuchtragende Postbotin entspreche nicht dem Image der Deutschen Post. Man darf gespannt sein auf die ersten examinierten muslimischen Anwältinnen und Staatsanwältinnen, deren Auftreten im Gerichtssaal dann wohl auch zu Identitätskrisen der deutschen Justiz führen mag.
Das Gerede über Glaubensfreiheit, Güterabwägung und die vorgeblich schwierige Entscheidungsfindung im Fall Ludin soll vielmehr davon ablenken, wie problematisch es ist, glaubwürdige Konstruktionen für die Begründung eines Kopftuch-Verbotes zu finden in einer Gesellschaft, die offiziell die Trennung von Staat und Religion, die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften und die Freiheit der individuellen Religionsausübung behauptet. Offensichtlich gilt hier keineswegs mehr die Regel, daß Religionen nicht bewertet und nur da bekämpft werden dürfen, wo demokratische und freiheitliche Fundamente bedroht werden, und daß die Religionsausübung nur dann eingeschränkt werden darf, wenn sie die öffentliche Ordnung beeinträchtigt. Der Fall ist klar: Wenn Fereshta Ludin das Tuch ablegt, ist die Welt der Ministerin, des Oberschulamtes und der westlichen Bekenner wieder in Ordnung. Wenn Muslime den Islam so bewältigen und ausleben, wie es das Abendland mit seinen mühseligen Abnabelungskämpfen von den christlichen Kirchen vorgemacht hat und wie es nach soviel Anstrengung auch unbedingt an die Kinder weitergegeben werden soll, klappt es doch mit dem interkulturellen Zusammenleben. Daß diese Umgangsformen wenig mit Integration, offener Gesellschaft und interkultureller Kompetenz zu tun haben, sondern die eigentlich zu überwindende Ausgrenzungspraxis vorleben und zementieren, liegt auf der Hand.

Martin Walsers nationalistische gefühle

Seit 20 jahren beschäftigt sich der schriftsteller Martin Walser mit einer rekonstruktion der deutschen nation. In essays, interviews und reden unterlaufen ihm dabei immer wieder nationale bis nationalistische töne. Seine jüngste Rede anläßlich der verleihung des friedenspreises des deutschen buchhandels hat anlaß zur kontroversen diskussion gegeben. Im rechtsextremen blätterwald wird sie positiv als richtungsweisend für den umgang mit deutscher geschichte hervorgehoben. Doch auch im politischen raum der ‚mitte' überwiegt die zustimmung zu den äußerungen des rennomierten schriftstellers. Seinen kritikern wird unkenntnis, unverständnis oder fehlinterpretation vorgeworfen. Alles nur ein missverständnis?

Martin Walser entdeckt die nation

Sein „historisches Bewußtsein" (das er später „Geschichtsgefühl" nennt) entdeckt Martin Walser 1978. In literatur konkret schreibt er: „Sachsen und Thüringen sind für mich weit zurück und tief hinunter hallende Namen, die ich nicht unter 'Verlust' buchen kann."

Seit dieser Zeit ist die nation immer wieder zentrales und integratives moment seiner äußerungen. So formuliert er etwa 1980 noch recht harmlos „Etwas nationales ist schön". Wer jetzt aber lust auf Walsers nation bekommen hat, dem wird im folgenden jahr gleich ein faschist untergeschoben:

Der erste Soldat des 3. Reiches

In einem aufsatz mit dem Titel „Schlageter - Eine deutsche Verlegenheit" (1981) versucht Walser den faschistischen freikorpskämpfer zu rehabilitieren.

Walser erkennt Schlageters motivation an: „Von Kindheitsreligion bis Vaterlandsdienst hat es aber Schlageter nie an einer Bindung gefehlt, die ihn selbst überstieg und ihn deshalb zu Dienst und Opfer fähig machte." Deshalb wendet sich Martin Walser auch dagegen, Schlageter als „Mörder" zu bezeichnen.

Statt dessen bezieht er sich positiv auf eine 1933 gehaltene rede Martin Heideggers. Dieser „fragt, woher Schlageter die 'Härte des Willens' und die 'Klarheit des Herzens' gehabt habe, für dieses Schwerste und dieses Größte. Er führt die Willenshärte auf das Urgestein der Schwarzwaldberge, den Granit, zurück. [...] Ich [Walser] gestehe, daß ich finde, so könne man über Schlageter reden."

Martin Walser benutzt bei seinem loblied gerade das vokabular, das einem faschistischen freikorpskämpfer angemessen wäre, wenn er von „Härte des Willens", "Klarheit des Herzens" und Opferfähigkeit schreibt.

Im November dieses Jahres wiederholte er an der Uni-GH Duisburg seine verteidigung Schlageters, der bei seinen anschlägen doch darauf geachtet hätte, keine menschen zu verletzen. Er erwähnte hingegen nicht, dass Schlageter im Freikorps Medem kämpfte, das Riga stürmte und dass er 1920 an der blutigen niederschlagung der Aufstände von ruhrarbeiterInnen beteiligt war. Schlageter, so Martin Walser in Duisburg, sei ein „reiner".

Stuttgart-Leipzig-Gefühl

1987 drängt Walsers gefühl auf eine vereinigung von DDR und BRD. So sagte er beispielsweise in einem Sterninterview: „Ich bin zu Lesungen und Besuchen in die DDR gefahren. [...] Und da hat sich bei mir so ein Stuttgart-Leipzig-Gefühl entwickelt. [...] Vielleicht könnte man das, was da erlebbar ist, einen Phantom-Schmerz nennen. Es tun einem die Glieder weh, die man gar nicht mehr hat."

Ein jahr später weiß er dann auch, wer das deutsche volk an seinem glück hindert: „Wenn die Rückfallgefahr ausgeschlossen ist – und wer das nicht sieht, der verneint schlicht unsere letzten 40 Jahre –, dann gibt es nur noch ein Motiv für die Fortsetzung der Teilung: das Interesse des Auslands."

Friedenspreis fürs wegschauen?

In seiner friedenspreisrede im Oktober dieses Jahres, formulierte Martin Walser: „Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft?" Diesem neugewonnenen national-gefühl stehen die im weg, die aufgrund den erfahrungen der ns-zeit einen nationalismus ablehnen und auf den zusammenhang zwischen deutscher euphorie, rechtsradikalen umtrieben und einem erstarkenden rassismus sowie extremismus der mitte hinweisen.

Berichte über sympathisierende massen vor brennenden flüchtlingsheimen, kommentiert Walser so: „Ich kann diese schmerzerzeugenden Sätze, die ich weder unterstützen noch bestreiten kann, einfach nicht glauben." Anstatt sich damit auseinanderzusetzen, dass die gewalt von neonazis nur die spitze des eisbergs gesellschaftlich verwurzelter rassistischer ressentiments ist, legt Walser nahe, fakten, die stören, einfach nicht anzuerkennen. Das ist eine aufforderung zum wegschauen, und die wird auch nicht besser, wenn ihr ein „um mich vollends zu entblößen" vorangestellt wird.

In bezug auf die ns-zeit spricht sich Martin Walser zwar nicht gegen eine öffentliche und politische aufarbeitung aus, doch er erwähnt diese notwendigkeit in seiner langen friedenspreisrede kein einziges mal. Statt dessen empört er sich über „Gewissenswarte" und „Meinungssoldaten", die „mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen". Damit greift er alle antifaschistInnen an, da er allgemein schreibt und keine namen nennt (auch dort nicht, wo er vermutlich einzelpersonen meint).

Die meisten äußerungen, die ich hier zusammengestellt habe, wiederholt Walser immer wieder an unterschiedlichen stellen. So ist weniges von dem, was er in seiner friedenspreisrede sagte, neu oder gar originell. Viele, die schon immer so dachten, fühlen sich aber jetzt durch Walsers rede "befreit" – dies zumindest berichtete Martin Walser in der bereits angesprochenen Veranstaltung in Duisburg. Endlich können unter hinweis auf einen bekannten schriftsteller einwände gegen die thematisierung der ns-vergangenheit geltend gemacht werden.

Ignatz Bubis sagte am 9. November 1998: „Ich kenne keinen, der sich auf Frey oder Deckert beruft, aber mit Sicherheit werden auch die Rechtsextremisten sich jetzt auf Walser berufen." Damit hat er recht, auch wenn Martin Walser sich jetzt wieder missverstanden fühlt.

Benno Nothardt

DISS-Workshop

"Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden"

Daß auch die Berichterstattung in der Presse rassistische Vorbehalte in der Bevölkerung schüren und verfestigen kann, ist mittlerweile kaum noch umstritten. Umstritten ist aber die Bedeutung dieser Berichterstattung wie auch die Mittel und Wege, wie sich eine Ausländer diskriminierende Berichterstattung denn nun verhindern oder doch zumindest abmildern läßt.

Letzteres war der Gegenstand eines Workshops, zu dem das DISS zum 30.9.98 Journalistinnen und Medienwissenschaftler eingeladen hatte. Den Hintergrund bildete dabei eine Studie, die wir Ende 1997 (im Auftrag des MASSKS NRW) durchgeführt haben. Sie beschäftigte sich mit der Berichterstattung über kriminelle Delikte in Print-Medien. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie über solche Straftaten berichtet wird und ob sich die Berichte und Reportagen über Straftaten deutscher und ausländischer Täter (oder Beschuldigter) unterscheiden.

Die Analyse zeigte, daß letzteres der Fall ist. Straftaten ausländischer Personen werden zumeist drastischer und brutaler geschildert als solche von deutschen Tätern – die auch nicht ohne sensationelle Absicht dargestellt werden. So mußten wir konstatieren, daß die Berichterstattung über Kriminalität von Ausländern – die häufig bereits mit dem Terminus der "Ausländerkriminalität" belegt wird – das rassistische Klima in Deutschland weiter zu verfestigen und zu verstärken geeignet ist.

Doch was tun? Befinden sich Journalistinnen, die tagtäglich über solche Vorgänge zu berichten haben, hier nicht in einer Zwickmühle, aus der sie sich kaum befreien können? Wie sollen sie über solche Straftaten berichten, ohne daß rassistische Sichtweisen gestärkt werden?

Um solche Effekte zu verhindern oder abzumildern, haben die Mitarbeiter*innen* des oben genannten Projekts (Margret Jäger, Ina Ruth, Gabriele Cleve und Siegfried Jäger) Vorschläge erarbeitet, die auf dem Workshop diskutiert wurden. Wir haben damit auch den Versuch gestartet, die Verknüpfung von Analyseergebnissen mit den Erfordernissen der Praxis bewußt zu gestalten.

Im wesentlichen beziehen sich die vorgelegten und diskutierten Vorschläge auf folgende Problemkomplexe:

Es sollte jeweils geprüft werden, ob der Sachverhalt, über den berichtet wird, es notwendig macht, die straffällige Person als nicht-deutsch zu charakterisieren. Es zeigt sich, daß dies in vielen Fällen nicht notwendig ist und daß bereits dadurch rassistische Effekte vermieden werden können, in dem die Person nicht als Ausländer wahrgenommen wird.

Des weiteren sollten Wörter und Texte vermieden werden, die einen negativen Klang haben bzw. erzeugen und die – auch weil dies so ist – auf ein Ausländerproblem anspielen. Die Rede von der 'Mafia' oder von der 'organisierten Kriminalität' z.B. muß nicht zwangsläufig bedeuten, daß wir es hier auch mit Ausländern zu tun haben. Trotzdem wird diese Verbindung nahegelegt, weil diese Begriffe sehr häufig in einem ausländerspezifischen Zusammenhang genutzt werden. Auch der "Drogendealer" (im Unterschied zum Drogenkonsumenten) gehört in diese Reihe.

242 Seiten, 28,- DM
ISBN: 3-927388-65-3

Schließlich sollte darauf geachtet werden, daß – wenn der vorliegende Sachverhalt es sinnvoll erscheinen läßt, auf die Herkunft des Täters zu verweisen – keine Klischees (positive wie negative) bedient werden. Ein solches Klischee ist zum Beispiel die Wahrnehmung türkischer oder moslemischer Frauen als unterdrückte Wesen, die es mit patriarchalen Männern zu tun haben. Dieser Aufforderung nachzukommen, ist sicherlich nicht einfach. Fundierte Kenntnisse über die gelebten Einwanderungskulturen sind hier vonnöten und können nicht von heute auf morgen erworben werden. Das verweist darauf, daß es in der Journalisten-Ausbildung nicht ausreicht, ein bißchen Landeskunde zu betreiben.

Ingrid Müller-Münch von der Frankfurter Rundschau setzte sich auf dem Workshop in ihrem Referat ausführlich mit unsere Vorschlägen auseinander. Prinzipiell sah auch sie – wie die anwesenden Journalistinnen auch – einen Handlungsbedarf in dieser Frage. Auch sie glaubt, daß die Berichterstattung in diesem Feld zu wünschen übrig läßt und daß unsere Vorschläge im Prinzip auch dazu geeignet sind, hier Abhilfe zu schaffen.

Allerdings dürfe in keinem Fall die Pressefreiheit angetastet werden. Dieser Eindruck könne jedoch durch solche Vorschläge schon erweckt werden. Insofern machten die Ausführungen deutlich, daß der Diskurs über Political correctness doch sehr stark in den journalistischen Alltag eingedrungen ist. Darauf wird bei der Überarbeitung der Vorschläge zu achten sein.

Ein weiterer Diskussionspunkt rankte sich um die Frage, auf welche Weise negative Assoziationen, die mit bestimmten Begriffen, z.B. dem des Drogendealers, verändert werden können. Anders als beim Terminus "Asylant", bei dem es sich um eine Neuschöpfung handelt, kann hier nicht auf andere Begriffe, die nicht so belastet sind, z.B. Flüchtling, zurückgegriffen werden. Auch hier zeigte sich, daß insgesamt hier nur ein Sensibilisierungsprozeß Abhilfe schaffen kann. Es ist wichtig, daß wir innerhalb des journalistischen Bereichs die Erkenntnis verbreiten, daß der diskursive Kontext, in den hinein geschrieben bzw. gesprochen wird, ein Teil der Wirklichkeit ist und von den Verfassern immer mit berücksichtigt werden sollte.

Da dieser in Deutschland besonders stark rassistisch unterfüttert ist, ist bei der Berichterstattung über Straftaten, die die Diskriminierung von Einwandern vermeiden will, besondere Sorgfalt am Platz.

Sarah Könneke / Margret Jäger

Der Projektbericht (inklusive der Vorschläge) liegt als Buch vor (Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden) und ist beim DISS zu beziehen (242 S., 28 DM).

DISS-Projekt in Gelsenkirchen-Bismarck / Schalke-Nord

Stadtteiluntersuchung als Diskursanalyse

Seit November 1998 arbeiten wir an einem neuen Projekt, das vom MASSKS in Auftrag gegeben wurde: "Analyse des öffentlichen Diskurses über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord".

Der Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck bzw. Schalke-Nord gehört zu den Stadtteilen im Ruhrgebiet, die von Strukturwandel, Arbeitslosigkeit und hoher Zuwanderungsquote geprägt sind. Der Wohnraum ist billig, aber nicht sehr schön; graue Fassaden, schmutzige Straßen und 'Grünflächen' (wenn vorhanden) und leerstehende Geschäfte prägen das Bild des Stadtteils. In Bezug auf Erneuerung tut sich hier ein Teufelskreis auf: Aufgrund des ohnehin schlechten Images der Stadtteile und der offensichtlichen Probleme, die in diesem Stadtteil bestehen, bleiben die Investoren aus, Geschäfte müssen schließen, Menschen, die es sich leisten können, ziehen weg, und nur die, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind, bleiben dort. So findet sich eine hohe Anzahl an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger*innen* - eingeboren und eingewandert - in diesen Stadtteilen. Das Umfeld, in dem sie sich befinden, vergrößert zudem ihre Perspektivlosigkeit. Dies wiederum verstärkt das schlechte Image des Stadtteils im öffentlichen Diskurs: Dort möchte man nun wirklich nicht wohnen.

Was kann nun getan werden, um die Bewohner*innen* dieser Stadtteile aus ihrer doppelten „Außenseiterrolle" herauszuholen und das Umfeld so zu gestalten, daß ein Miteinander-Leben in diesen Stadtteilen für alle Beteiligten konfliktfrei gestaltet werden kann, ohne sich auf Wohnraumerneuerungen und Straßenbegrünungen zu beschränken?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen verschiedene Felder untersucht werden, die in dieser Thematik miteinander verzahnt sind: Der öffentliche Diskurs über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, der politischen Diskurs, sowie der Alltagsdiskurs über/in diesem Stadtteil.

In Vorab-Gesprächen mit verschiedenen „Sozialmanager*innen*" (Mitarbeiter*innen* der RAA - Regionale Arbeitsstellen für ausländische Kinder und Jugendliche, des Vereins ausländische Mütter und Kinder, der GAFÖG - Gelsenkirchener Arbeitsförderungsgesellschaft sowie die Rektorin einer Grundschule) wurde deutlich, daß die hohe Arbeitslosenquote in den beiden Stadtteilen, die daraus entstehenden finanziellen Engpässe sowie Perspektivlosigkeiten als Hauptquelle für Konflikte - nicht nur zwischen Eingeborenen und Eingewanderten - gesehen werden.

Darüberhinaus ist vorgesehen, mit Politikern und Politikerinnen der Stadt Gelsenkirchen Gespräche zu führen, um ihre Sicht der aktuellen Situation und der Entwicklung im Stadtteil einzuschätzen, bzw. herauszufinden, welche Möglichkeiten sie sehen, um bestehende Konflikte und Probleme kurz-, mittel- und langfristig zu lösen.

Zudem soll ein Teil der Presseberichterstattung der letzten Jahre (WAZ und taz) untersucht werden, um etwas über das Bild der Stadtteile in ausgewählten Printmedien zu erfahren.

Das Kernstück der Untersuchung bilden jedoch Tiefeninterviews mit Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils, die anhand der Kategorien eingeboren/eingewandert, männlich/weiblich und alt/jung ausgesucht werden. Dabei werden die bereits erprobten Leitfäden der BrandSätze-Interviews und die der Interviews zum völkischen Nationalismus soweit modifiziert, daß die Interviewten auch zu ihrer besonderen Situation im Stadtteil, in dem sie wohnen, Stellung nehmen: Welche Konflikte sehen sie in ihrem Stadtteil, wen machen sie für diese Probleme verantwortlich, wie beurteilen sie bisher gelaufene Projekte zu Verbesserung ihres Stadtteils und welche Lösungsmöglichkeiten sehen sie für aktuelle Probleme?

Ziel der Untersuchung ist, aufgrund der gewonnenen Ergebnisse mögliche Handlungsansätze zur Lösung bestehender Konflikte im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord zu ermitteln.

Wir verstehen diese Untersuchung als eine Pilotstudie, die nach Ablauf der 5monatigen Laufzeit später auch auf EU-Ebene weitergeführt werden soll.

Ina Ruth

Das DISS im Internet

Seit Oktober 1996 gibt es das DISS in der neuen virtuellen Dimension des Internet. Die Seiten sind zu finden unter http://members.aol.index/dissdui/index.htm. Hier kann man sich ausführlich über die Publikationen des DISS informieren und eine kurze Selbstdarstellung des Instituts lesen. Außerdem werden werden viele links zu verwandten Seiten angeboten.

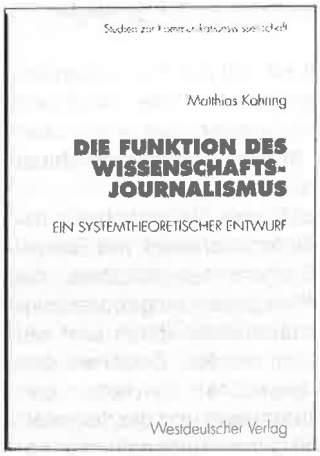
Viel Platz in den www-Seiten des DISS ist den Publikationen gewidmet. Es gibt verschiedene Zugriffsmöglichkeiten zu den Schriften des DISS und seiner MitarbeiterInnen, die hinter den links 'Publikationen' und 'Bibliothek' zu finden sind. Unter 'Publikationen' befinden sich Kurzbeschreibungen und auch attraktive Abbildungen der Titelseiten von DISS-Büchern eingegliedert in Themenbereichen wie Rassismus, Biopolitik, Diskursanalyse, oder auch Militarismus und Soziale Ausgrenzung.

So kann man sich vor dem Kauf einer DISS-Veröffentlichung gut informieren. Bei einigen Büchern ist es sogar möglich, in der DISS Internet Bibliothek den Volltext des Vorworts zu lesen, das oft eine ausführliche Zusammenfassung des Inhalts der einzelnen Beiträge enthält. Ansonsten findet man in der Bibliothek 3 Bücher im Volltext, einige Artikel und Aufsätze und ein link zu Volltextfassungen der bis jetzt erschienenen Ausgaben des DISS-Journals.

Bemerkenswert ist die weitreichende Auswahl der links zu anderen Internet-Seiten. Die Sammlung von antifa Internetsites ist beeindruckend lang - da tut sich offensichtlich was - und auch auffallend, nicht nur überregional sondern auch international: über NRW und Berlin hinaus zu Österreich, Frankreich, den Niederlanden, bis hin zu außereuropäischen Gruppen in Kanada und den USA. Es bleibt auch nicht bei antifa sites: Die anderen Rubriken bieten Möglichkeiten, sich in den Bereichen Friedensbewegung, Datenschutz, Linke Infos im Netz, politische Mailboxnetze und ausgewählte Zeitungen und Zeitschriften einzuklicken.

Seit 21.8.97 haben 3.603 SurferInnen beim DISS 'vorbeigeschaut'.

Joannah Caborn



Matthias Kohring
Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus
Ein systemtheoretischer Entwurf
Opladen 1997
Westdeutscher Verlag,
333 S., 64,- DM
ISBN 3-531-12938-4

"Welche gesellschaftliche Funktion hat die journalistische Berichterstattung über Wissenschaft, Technik und Medizin?" Diese Frage durchzieht die gesamte Studie Kohrings zum Wissenschaftsjournalismus. Bilanz seiner Bestandsaufnahme: Die Forschung verpflichtet Wissenschaftsjournalismus einseitig auf die Rolle eines akzeptanzorientierten Informationsvermittlers und Dolmetschers zwischen Wissenschaft und (Laien-) Öffentlichkeit. Auf der Basis systemtheoretischer Überlegungen skizziert Matthias Kohring ein neues Journalismus-Modell. Er definiert Journalismus als organisiertes Leistungssystem des gesellschaftlichen Funktionssystems Öffentlichkeit, dessen Funktion in der Beobachtung gesellschaftlicher Interdependenzverhältnisse besteht. Entsprechend fordert Kohring für den (Wissenschafts-)Journalismus Autonomie. Zu kritisieren ist an Kohrings Ansatz, daß er das Paradigma der Wissenschaftspopularisierung thematisiert ohne das Paradigma der objektiven (Natur-)Wissenschaft und die damit verbundenen diskursiven Machtverhältnisse zu hinterfragen. Daher bleiben die Funktion des Beobachtens und die Forderungen nach (wissenschafts-)journalistischer Autonomie abstrakt.
(d.o.)

Thomas Lemke
Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analysen der modernen Gouvernementalität,
Berlin / Hamburg 1997
(Argument-Sonderband 251), 412 Seiten, 39.80 DM
ISBN 3-88619-251-2

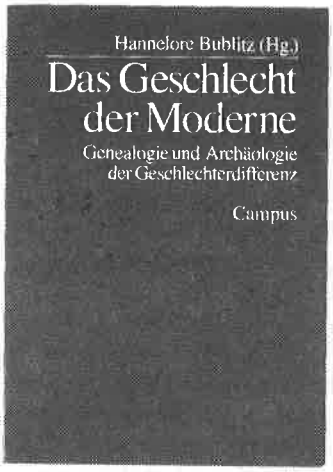
Es gibt inzwischen viele Einführungen in Michel Foucaults Arbeiten und eine ganze Reihe von Biographien, die uns diesen Philosophen nahe zu bringen versuchen. Und aus all diesen Arbeiten kann man eine ganze Menge lernen, weil sie einem Wege durchs Dickicht des Foucaultschen Denkens bahnen helfen, in dem man sich, - auch als scharfer Kritiker Foucaults, so leicht verirren kann. Das Buch von Thomas Lemke zeichnet sich dadurch aus, daß es auch die in Deutschland noch nicht veröffentlichten kleineren Schriften berücksichtigen konnte, durch die sich mir ein doch anderes Bild dieses großen Werkes ergibt als das, was sich bisher in meinem eigenen Kopf herausgebildet hatte. Ich will in dieser kurzen Leseempfehlung nur auf zwei mir wichtige Punkte verweisen: Erstens auf die Darstellung dessen, was Foucault unter Kritik versteht, zweitens auf seine besondere Betonung der politischen Praxis.

Kritik zu üben heißt demnach nicht, selbst im Besitze einer Wahrheit zu sein und von diesem hohen Roß herunter die eigene Wahrheit anderen Wahrheiten entgegenzusetzen. Kritik heißt für ihn, die als Wahrheiten verkauften jeweiligen interessierten Gültigkeiten in ihrem Machtbezug zu kritisieren und zu problematisieren und damit als zeitweiliges und unzuverlässiges bloßes Wissen zu entlarven. Und - listigerweise heißt dies auch: Problematisierung der eigenen Problematisierung. Das *politische* Ziel solcher Kritik ist der Wunsch, „nicht dermaßen regiert zu werden". Und - vielleicht noch wichtiger, auf jeden Fall aber überraschender, wenn auch auf dem Hintergrund des Wahrheitsverständnisses logisch: Praxis ist wichtiger als Wissenschaft, Politik wichtiger als Theorie, die sich nach Foucault nicht mehr als gesicherte Wahrheit verstehen kann. Der Theoriebildung kann somit nur in dem Sinne eine kritische Rolle zukommen, insofern „sie die Ansprüche (der Wissenschaften) auf Universalität überprüft, um die Elemente von Willkürlichkeit und Kontingenz in ihnen aufzuzeigen." Theorie wird somit zu einem Instrument des Widerstands; Kritik hat danach weniger eine wissenschaftliche als eine ethische Dimension.

Zu sagen ist noch: Das Buch ist wunderbar geschrieben, trotz seines umfassenden und schwierigen Gegenstandes sehr schön zu lesen. Es bringt die Diskussion zu Diskurstheorie und Diskursanalyse in Deutschland ein riesiges Stück nach vorn.
(S.J.)

Elisabeth Klaus
Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung.
Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus
Opladen 1998
Westdeutscher Verlag,
467 S., 84,- DM
ISBN 3-531-12898

Elisabeth Klaus dekonstruiert in ihrer Arbeit archetypische Ideen von Weiblichkeit und Männlichkeit, essentialistische Vorstellungen von Frau-Sein und Mann-Sein. Dabei faßt sie "Geschlecht" als soziale Beziehung. Infolgedessen beschreibt sie die Entwicklung vom Gleichheitsansatz über den Differenzansatz bis hin zur dekonstruktivistischen Geschlechterforschung als Grundlage einer feministischen Medienforschung. Sie untersucht, welche Bedeutung Frauen als sozial Handelnden und dem Geschlecht als gesellschaftliche Strukturkategorie und kulturellem Zeichen in den Massenmedien und im Journalismus zukommen. Ihre theoretischen Überlegungen sind durch die Systemtheorie, den Konstruktivismus und die Cultural Studies beeinflußt. Klaus gibt in ihrer Arbeit einen systematischen und strukturierten Überblick über die bisherigen Ergebnisse der kommunikationswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung. (d.o.)



Hannelore Bublitz (Hg.)
Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz
Frankfurt/Main; New York 1998, Campus Verlag,
168 S., 39,80 DM
ISBN: 3-593-35945-6

Die Beiträge dieses Buches sind hervorgegangen aus einer Tagung in Paderborn zum Thema *Geschlecht der Moderne* im Jahre 1996. "Die konstitutive Rolle der Geschlechterdifferenz für die Formierung der Moderne ist modernitäts- und kulturtheoretisch weitgehend ausgeblendet worden." So schreibt Hannelore Bublitz in ihrer Einleitung zu diesem Tagungsband, dessen Beiträge diese Forschungslücke schließen wollen. Im ersten Teil finden sich Beiträge über die historische Entwicklung von Geschlechterdifferenzen, deren Normalisierung in Geschlechterdispositiven, sowie über die Identitätskonstruktionen Trans- und Homosexueller.

Den zweiten Teil des Bandes bildet die Verschriftlichung einer Podiumsdiskussion zur Tagung, bei der verschiedene Wissenschaftler*innen* der Frage nachgehen, inwieweit es Parallelen und/oder Differenzen bei der Konstruktion der Geschlechterdifferenz in historischen und aktuellen (Spezial-)Diskursen gibt. Das Buch ist sehr interessant für Wissenschaftler*innen*, die sich bei ihrer Arbeit mit theoretischen Problemen der Konstruktion von Geschlechtern und Geschlechtsidentitäten beschäftigen. (I.R.)

Yasar Kemal
Der Baum des Narren
Zürich 1977,
Unionsverlag
28,- DM

Ein Gespräch.

Ein Gespräch zwischen zwei Schriftstellern, einem französischen und einem türkisch-kurdischen. Der Franzose fragt seinen Freund nach dessen Leben, dessen Land, dessen geistigen Wurzeln. Und der Freund antwortet.

Jede seiner Antworten ist ein Bild, das in sich geschlossen und doch Teil eines Gesamtbildes ist, das sich aus den Puzzlesteinen der Einzelbilder zusammenfügt zu einer ungewöhnlichen Biographie, die mehr von den Antwortenden preisgibt als das meist in Biographien herkömmlicher Art gelingt.

Die Flucht seiner Familie vor russischen Truppen im ersten Weltkrieg aus dem kurdischen Gebiet am Van-See in das mehr als 1000 km entfernte Südanatolien, die Schilderung der Cucurova, der Landschaft seiner Kindheit, das konfliktfreie Leben seiner Familie als einziger kurdischer in einem türkischen Dorf, seine Begegnung mit den traditionellen kurdischen fahrenden Sängern, die sehr früh sein eigenes lyrisches Talent offenbarten, sein Hunger nach Bildung, seine Sucht nach einer geistigen und politischen Heimat, seine Ausführungen, daß der heute bestehende kurdisch-türkische Konflikt nicht originär bestand sondern erst durch die türkische Politik entfacht wurde - alles gemalt in Bildern, ausführlich oder als Miniatur skizziert, in leuchtenden Farben mit kräftigen Pinselstrichen oder zart und leicht wie ein Aquarell. Aber immer durchzogen von einer strahlenden Vitalität und Lebensfreude.

Ein Buch, das über die Türkei und ihr geistiges und politisches Wesen mehr aussagt als manches mehrbändige Geschichtswerk.

Das Buch eines Kurden, der in türkischer Sprache das Land Türkei als geistige und politische Heimat beider Völker, des kurdischen und des türkischen, sucht.

Es unterhalten sich der Franzose Alain Bosquet und der türkisch-kurdische Schriftsteller und Nobelpreisträger Yasar Kemal.

Carlotta Greif-Gadebusch

Andreas Lösch
Tod des Menschen / Macht zum Leben: von der Rassenhygiene zur Humangenetik
Pfaffenweiler: Centaurus - Verl. Ges., 1998
135 S., 49,80 DM
ISBN 3-8255-0145-0

Dieses Buch geht der Frage nach, wie die "neue" Eugenik zur grundlegenden normalisierenden Strategie und Technik der Macht zum Leben geworden ist. Die Funktion der Eugenik läßt sich in der Moderne nicht mehr auf "pseudowissenschaftliche Verirrungen" der Biomedizin im Nationalsozialismus reduzieren. Die Eugenik transformiert sich zur Euphenik. Die "genotypischen Fehlanpassungen" der Individuen werden ausgelöscht. Andreas Lösch rekonstruiert diese Verlagerung des Zugriffs der Biomacht auf die Körper hin zum Eingriff in die Gene. Er beschreibt wie die "anthropologische" Struktur des Menschen durch die "genetische" Struktur ersetzt wird. In der Unterwerfung unter ein quasi göttliches Genom-Wissen lasse sich das Subjekt dann als "genetische Identität" konstituieren. Dabei spezifiziert Andreas Lösch zentrale Theoreme Michel Foucaults bezogen auf die Frage der Eugenik. Die aktuelle politische Relevanz der Studie wird in seinem Ausblick auf das Humangenomprojekt und auf die Bioethik-Konvention deutlich. (d.o.)

Tagung zum Gentechnikdiskurs

Modell der "Konfliktpartnerschaft" endet als Nabelschau im Schutz der "Wagenburg"

Unter dem Label "Konfliktpartnerschaft: Gentechnologie als Herausforderung zu einer neuen Diskussionskultur" veranstaltete die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum für Technik und Arbeit am 12. und 13. November diesen Jahres eine Tagung. Die Tagung bezog die von der Industrie geförderte Mannheimer Ausstellung "Gen-Welten. Leben aus dem Labor?" und deren Resonanz in den Medien in die Diskussionen mit ein. In Vorträgen und Workshops sollte der Frage nachgegangen werden, ob Diskursmodelle Wege aus Kommunikationsblockaden und Fehleinschätzungen zwischen Gegnern und Befürwortern der Gentechnologie anbieten können. Die starke Polarisierung der beiden Gruppen in Wagenburgen sollte überwunden, zumindest aber hinterfragt werden. Kritische Gruppierungen, wie die Grünen, die durch die Mannheimer Ausstellung eine alternative Führung anbieten, waren nicht vertreten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tagung war die Rolle der Medien in Gentechnikdiskursen. Michael Emmerich, der seit Jahren über den aktuellen Stand der Genforschung in der Frankfurter Rundschau berichtet, moderierte ein Streitgespräch zwischen Wissenschaftlern, Journalisten und Vertretern der Industrie über die Frage, ob Medien aufklären oder manipulieren. Die Vertreter der Wirtschaft und Industrie reproduzierten den Standpunkt einer gentechnikfeindlichen Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien. Ein Standpunkt, der durch Akademiestudien bereits widerlegt wurde (vgl. Hampel, Renn; Kurzfassung der Ergebnisse des Verbundprojekts "Chancen und Risiken der Gentechnik aus der Sicht der Öffentlichkeit", Mai 1998). Dr. Jens Katzek, der jüngst vom BUND zur Saatzuchtfirma Kleinwanzleber wechselte, kritisierte entsprechend, daß die Medien Horrorvisionen ungeprüft an die Verbraucher weitergeben und somit zur Polarisierung zwischen den Gruppen beitragen würden. Zudem hätten es Umweltverbände wie Greenpeace auf schnelle Schlagzeilen abgesehen. Ein Diskurs müsse statt durch solch Knüppeln und Scheppern durch gute Argumente und Offenheit gekennzeichnet sein. Wie die Machtverhältnisse in diesem geforderten scheinbar "rationalen" und "herrschaftsfreien" Gentechnikdiskurs verteilt sein sollten, verdeutlichte dann Prof. Dr. Saedler vom Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln, das den I. Freisetzungsversuch in der Bundesrepublik durchführte. In den USA sei es löblicherweise üblich, daß Journalisten Wissenschaftlern ihre Artikel zur Korrektur zuschicken würden. Die journalistische Seite gab indirekt diese Autoritätsstellung der Naturwissenschaften wieder. Selbst dem kritisch eingestellten Journalisten Dr. Ludger Weß gelang es nicht, die vordergründigen Fakten der (Natur-) Wissenschaften kritisch zu reflektieren. Bereits zu Beginn dieses Streitgesprächs kritisierte Prof. Dr. Siegfried Jäger in seinem Eingangsstatement das hier deutlich werdende paternalistische Selbstverständnis, nachdem kluge Wissenschaftler eine störrische und teilweise unwissende Bevölkerung nach Maßgabe der vorausgesetzten Vernunft aufzuklären habe. In der derzeitigen Debatte um Gentechnik gehe es daher nicht um einen offenen rationalen Diskurs im Habermasschen Sinne, sondern um - im Wortlaut der Akademie für Technikfolgenabschätzung - die Durchsetzung der "Zustimmung zu gentechnischen Verfahren und Produkten" (Hampel, Renn, a.a.O. S. 27). Hierbei komme den Medien eine wichtige Funktion zu.

In einem der vier Workshops sollte dann die Frage nach der Macht der Medien vertieft werden. Ein Fernsehbericht des SWR Baden-Baden, der die fünf Verbund-Ausstellungen "Gen-Welten" kritisch auf das von ihnen übermittelte Menschenbild und eugenische Tendenzen hinterfragt, diente als Einstieg in die Diskussion. Mangels Moderation verkam die Diskussion dann zu einem reinen Austausch gekränkter Eitelkeiten und Befindlichkeiten, während der Begriff der Macht nicht weiter differenziert wurde. Die Ausstellungsverantwortlichen des Gen-Verbundes klagten über die ihrer Ansicht nach unberechtigte und unfaire Medienschelte. Eine Mitarbeiterin der Mannheimer Ausstellung suchte den Grund der "Mißverständnisse" in der Beschaffenheit der Exponate. Sie hätten in ihrer Ausstellung nur *das* gezeigt, *was ist*. Was sei daran unkritisch?

Hier wird bereits der Fetisch der objektiven (Natur-)Wissenschaft deutlich, dem der Workshop insgesamt frönte. Entsprechend wurde im folgenden die Funktion des Wissenschaftsjournalismus auf die einseitige Rolle des akzeptanzorientierten Übermittlers und kritiklosen Dolmetschers zwischen Wissenschaft und Laien reduziert. Es ist daher nicht erstaunlich, daß der einzig interessante und informative Beitrag von Dr. Deziderio Sonje von der Universität Hohenheim über das journalistische Umfeld ohne Resonanz verhallte. Sonje wies nach, daß Journalisten, die über das Thema Gentechnik berichten, sich auf ein homogen befürwortendes Informationsnetzwerk stützen. Als Experten befragen sie Befürworter der Gentechnik, während kritische Bürgerinitiativen und Umweltverbände keine Rolle bei ihrer Meinungsbildung spielen. Contra-Positionen würden nur für den dramaturgischen Aufbau des Artikels genutzt. Soviel zumindest zur Frage der Macht über Diskurse!

Abschließend ist zu sagen, daß es den Veranstaltern nicht gelungen ist, neue Wege der Kommunikation und Konfliktlösung aufzuzeigen. Das Diskursprojekt zeichnete sich durch große Wirtschaftsnähe aus. Die Diskussionsstrukturen waren zugunsten der Befürworter ausgerichtet und an "Akzeptanzbeschaffung" und nicht an einem "herrschaftsfreien" Diskurs orientiert. Auf diese Weise werden Kritiker von Diskursmodellen abgehalten. Eine Konfliktpartnerschaft ohne Partner kann der Leiter der Abteilung Diskurs der Akademie für Technikfolgenabschätzung, nur weiter hoffen lassen, daß es auch "positiv (... sei [D.O.]), sich auf sich Alleine zu beziehen" (Wachlin, 12.11.1998, Mannheim). Die eigentliche Frage, ob wir den Weg in eine sozialdarwinistisch ausgerichtete Bio-Gesellschaft befürworten oder nicht, ging in der Nabelschau und Rhethorik unter.

Dorothee Obermann

VIA Fachtagung 1998

Migration und gesellschaftlicher Wandel

War es Zufall oder politische Weitsicht, daß der „Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit" -VIA e.V. seine diesjährige Fachtagung unter dem Titel „Migration und gesellschaftlicher Wandel" in eine Zeit legte, in dem eine neue Regierung mit der erklärten Absicht antritt, auch im Bereich der Migrationspolitik weitreichende Veränderungen herbeizuführen? Eine eher rhetorische Frage; denn zum einen scheint es mit den „Veränderungen" nicht weit her zu sein, wenn man sich die Koalitionsvereinbarungen der beiden Regierungsparteien näher anschaut. Zum anderen besteht weiterhin dringend Handlungsbedarf in den Komplexen, die auf der Fachtagung näher behandelt wurden:

- Die Migrantenfamilie als Sozialisationsinstanz im Wandel der Gesellschaft;
- Ausländische Jugendliche und Fundamentalismus;
- Kriminalität und Gewalt;
- Ausländische Jugendliche in Schule und Ausbildung;
- Migranten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Fachtagung, auf der Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Praxis und von Behörden diskutierten, wurde unter dem Eindruck eines Gespräches konzipiert, das VIA mit den Fachabteilungen „Familie" und „Jugend" des BMFSFJ führte. Darin äußerten die Behördenvertreter ihre Sorge über verschiedene Aspekte der Integration von Migranten in unsere Gesellschaft. Vor allem hinsichtlich ausländischer Jugendlicher besteht die Herausforderung, ihnen gesellschaftliche Perspektiven zu eröffnen, ihre Schulbildung zu stabilisieren und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

VIA hat bundesweit 125 Mitgliedsgruppen, die in verschiedenen Arbeitsbereichen der Migranten- und Flüchtlingsarbeit aktiv sind. Auf der Tagung wurde beschlossen, in Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedsgruppen modellhafte Projekte zu entwerfen, die in einzelnen, besonders problematischen Bereichen der Einwanderungspraxis wirksam werden sollen. Darüber hinaus werden in Kürze konkrete Gespräche mit Behörden stattfinden. Dabei soll herausgefunden werden, welche Möglichkeiten einer kontinuierlichen Zusammenarbeit bestehen bzw. welche neuen Wege beschritten werden können, um gemeinsame Projekte zu initiieren.

Anfang kommenden Jahres wird eine Publikation herauskommen, die die Fachtagung dokumentiert. Ein Fachverlag hat bereits Interesse an der Herausgabe bekundet.

Weitere Informationen gibt es bei:
VIA e.V., Heinz Soremsky, Tel. 02065-53346, eMail: VIA-BUND@t-online.de

Veranstaltungsreihe des Oldenburger Sprachbüros

Raus aus der Uni!

Das Oldenburger "Sprachbüro" hat 1998 im dritten Jahr seine öffentliche Vortragsreihe mit dem (nicht ganz unzweideutigen) Titel "Unsere Sprache am Ende des 20. Jahrhunderts" gestaltet. Ein Thema war dieses Jahr "Hetze oder Political Correctness". Eingeladen waren Siegfried Jäger ("Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung") und Brigitta Huhnke ("Sprachliche Sensibilisierung oder Gedankenpolizei? Die Diskussion über *Political Correctness*").

Es ist nicht ganz einfach, ein außer-akademisches Publikum zum Besuch eines diskursanalytischen Vortrags im sehr gepflegten Ambiente des Oldenburger Kulturzentrums PFL zu motivieren. Aber der Saal war in beiden Fällen sehr gut gefüllt. Zeichen dafür, dass Diskursanalyse auch in der Öffentlichkeit mehr und mehr zur Kenntnis genommen wird? Leider wohl eher nicht, denn das von uns angepeilte Publikum – Leute aus Gewerkschaften, Politik oder Journalismus – war kaum erschienen. Auch das Interesse an den von uns angebotenen eintägigen Workshops mit den ReferentInnen war eher enttäuschend.

"In diesen Workshops haben die Teilnehmenden aus den jeweiligen Berufsfeldern die Möglichkeit, wichtige Verfahren der Sprach- und Diskursanalyse selbst zu erlernen, zu erproben und auf ihre beruflichen Alltagsprobleme anzuwenden."

Vielleicht lag es daran, dass die einschlägigen Leute im September allzu sehr mit Wahlkampf- und Wahlkampfberichterstattung zu tun hatten. Wir lassen uns aber nicht entmutigen: Diskursanalyse hätte keine Existenzberechtigung, wenn sie nur eine akademische Mode im Bereich der "Kulturwissenschaften" bliebe und deren Adepten sie vergäßen, sobald sie einen außerakademischen Dauerarbeitsplatz ergattern. Also: Auf in die nächste Runde!

Es bleibt das Ziel des Sprachbüros, die sprachliche Sensibilität über den politischen Bereich hinaus in allen Praxisfeldern zu stärken. Verstrickungen in Diskurse lösen sich nur auf, indem sie bewusst werden. Betrachten und reflektieren, was einem gesagt wird und was man selber sagt: die Methoden dazu sind recht gut entwickelt, aber noch nicht alle können sie auch anwenden.

Übrigens: Von einigen Oldenburger Sprachbüro-Leuten ist jetzt der neueste OBST-Band 57: **"Sprache und/oder Gewalt?"** publiziert worden. Gerade die subtile Gewaltausübung unter dem Deckmantel sprachlicher Verständigung (von der antiken Rhetorik über die moderne Medienberichterstattung bis hin zu "TV-Duellen" und "Toleranz"-Diskursen) geht die Themenpalette. Bestellungen (DM 20.-) am besten direkt an: **OBST-Redaktion, Gotenstr. 26, 26121 Oldenburg (E-mail: diskfors@hrz1.uni-oldenburg.de)**.

Franz Januschek